

06.05.2020

Aus Bundesbern – «Wir brauchen eine Vielfalt der Medien»



Aldo Ellena/a

Während der Sessionen des Bundesparlaments befragen die FN jede Woche eine Parlamentarierin oder einen Parlamentarier der Freiburger Delegation zu einem aktuellen Thema. Heute mit SP-Nationalrätin Valérie Piller Carrard.

Unentgeltliche Agenturmeldungen, kostenlose Zeitungszustellung und Nothilfe von 30 Millionen Franken für regionale Radio- und TV-Stationen: Mit diesen Massnahmen will auch der Nationalrat den Medien Überbrückungshilfe leisten. Warum ist das nötig?

Die Medien steckten bereits vor der Krise in einer sehr schwierigen Lage. Sie hatten immer weniger Einnahmen aus Inseraten. Das hat die Corona-Krise nun noch akzentuiert und verschlimmert. Für uns ist es wichtig, auch für die Medien etwas zu tun, um Konkurse zu verhindern – gerade bei regionalen Medien.

Braucht es heute überhaupt noch klassische Medien wie Zeitungen?

Die Medien entwickeln sich, das stimmt – viele Veränderungen wurden bereits eingeleitet und werden nach der Krise weitergeführt. Nun benötigen die Medien jedoch eine Nothilfe. Denn wir brauchen eine Vielfalt der Medien –

egal, ob in der Presse oder in den elektronischen Medien. Ohne Hilfe würden zahlreiche Medien nicht überleben. Und wir sehen nun während der Corona-Pandemie, dass die Menschen sich noch stärker als sonst mit ihrer Lokalzeitung verbunden fühlen – auch im Kanton Freiburg mit den «Freiburger Nachrichten», der «Liberté» und der «Gruyère». Dabei ist den Leuten die Qualität der Medien wichtig.

Reichen die vom Bundesparlament beschlossenen Massnahmen, um die Medien aus der Krise zu retten?

Nein, das ist eine reine Nothilfe. Damit wollen wir die Medien stärken und dafür sorgen, dass sie die Wirtschaftskrise überstehen. Aber es ist nur ein erster Schritt.

An welche Lösungen denken Sie längerfristig?

Wir werden die Vorschläge analysieren, die der Bundesrat letzte Woche vorgelegt hat. Er sieht beispielsweise Hilfen für elektronische Medien, aber auch indirekte Hilfen für die Presse bei der Zeitungszustellung vor. Das geht in die richtige Richtung. Wir müssen aber auch schauen, dass die Hilfe langfristig Bestand hat und finanziert werden kann.

njb/Bild ae/a